

Demokratieentwicklung auf kommunaler Ebene in Vietnam

Mai Anh Le

Arbeitspapier verfasst im Rahmen des Praktikums
bei der Landesvertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Hanoi, Vietnam

Hanoi April 2007

Inhalt

| | |
|---|------|
| 1. Einleitung | S.3 |
| 2. Struktur und Funktionsweise der kommunalen Ebene in Vietnam | S.3 |
| 3. Das Dekret 79 und seine Implementierung | S.5 |
| 3.1. Das Dekret 79 | S.5 |
| 3.2. Aktueller Stand des Implementierungsprozesses vom Dekret 79 | S.8 |
| 4. Die Rolle von ausländischen Stiftungen beim Demokratisierungsprozess | S.11 |
| 5. Schluss | S.13 |
| 6. Literatur | S.14 |

1. Einleitung

Als die Kommunistische Partei Vietnams sich für die „Doi Moi“ Politik im Jahr 1986 entschieden hat, wurde das Land seitdem für die Welt geöffnet. Mit den Bemühungen um wirtschaftliche und politische Krise der Nachkriegszeit zu überstehen, hat Vietnam sogar schnell und groß wirtschaftliche Entwicklungen erreicht. Außerdem integrierte sich das Land in die Region und die Welt durch aktive Teilnahme an Organisationen wie ASEAN, APEC und WTO. Doch im innenpolitischen System sind die Änderungen nur gering und langsam geschehen. Dennoch werden Elemente und erste Schritte der Basisdemokratieentwicklung in Vietnam erkannt, als die vietnamesische Regierung das Dekret 29 im Jahr 1998 unterzeichnet hat. Dadurch wurde die Demokratisierung auf kommunaler Ebene in diesem Land zugesprochen und legitimiert.

Diese Arbeit gliedert sich in fünf Teile. Nach der Einleitung ist der zweite Teil über die „Struktur und Funktionsweise der kommunalen Ebene in Vietnam“. In diesem Teil geht es um einen Überblick über das administrative System, seine Organisation und Aufgabe und das Wahlverfahren. Der dritte Teil „Das Dekret 79 und seine Implementierung“ unterteilt sich in zwei Unterpunkte. Im ersten Unterpunkt „Das Dekret 79“ handelt es sich um den Inhalt des Dekrets 79, das vom Dekret 29 erweitert wurde und im Jahr 2003 in Kraft getreten hat. Hier werden sowohl die Rechte der Bürger als auch die Pflichten der Behörden in den Kommunen erörtert. Der zweite Unterpunkt befasst sich mit dem Implementierungsprozess des Dekrets und seinem aktuellen Stand. Es wird versucht, die langsamen Fortschritten der Umsetzung des Dekrets zu beschreiben und die Hintergründe dafür zu analysieren. Die Arbeit und der Einfluss ausländischer Organisationen in diesem Bereich werden vor dem Schluss erwähnt.

2. Struktur und Funktionsweise der kommunalen Ebene in Vietnam

Das politische System der Sozialistischen Republik Vietnam läuft in “top-down” Richtung und gliedert sich in vier Ebenen: Zentralebene, Provinzebene, Distriktebene und Kommunalebene. Die Zentralebene, die auf der Nationalversammlung, der Regierung, dem Staatspräsident und dem Volksobergericht besteht, ist die höchste Ebene. Auf der zweiten Stufe ist die Provinzebene, zu der auch große Städte wie Hanoi, Ho Chi Minh

City oder Hai Phong gehören. Unter Provinzen oder Verwaltungsstädten ist die Distriktebene und die Kommune als die unterste Ebene.

Auf jeder Ebene gibt es "People's Council" und "People's Committee". Die Vertreter von "People's Council"(PC) werden direkt vom Volk und alle fünf Jahre gewählt. Sie vertreten das Volk und wählen die Mitglieder von "People's Committee"(PCOM), das exekutive Organ der Kommune. Mit der Billigung des Präsident von PCOM der nächst höheren Ebene können die gewählten Personen dann ins Amt treten. Die Zahl der Mitglieder von PCOM wird auf der jeweiligen Ebene bestimmt. Auf der Provinzebene wird sie zwischen neun und elf Mitglieder begrenzt während große Städte wie Hanoi und Ho Chi Minh maximal 13 Mitglieder haben. In dem Distrikt hat sie sieben bis neun PCOM-Mitglieder und in der Kommune hat sie drei bis fünf. Der Vorsitzende und deren Stellvertreter von PCOM können nicht nur neu sondern auch abgewählt werden. Die Arbeit von PCOM wird von PC kontrolliert. PC auf Provinzebene unterteilt sich in vier Ausschüsse: Ausschuß für Wirtschaft und Haushalt, Ausschuß für Kultur und Gesellschaft, Ausschuß für Minderheitensachen (für Gebieten, in denen ethnische Minderheiten leben) und Ausschuß für Recht. Auf Bezirksebene gliedert sich die PC in zwei Ausschüsse: Ausschuß für Wirtschaft und Haushalt und Ausschuß für Recht. Die Arbeitsweise und Entscheidungen von PC werden von der Regierung und dem Komitee der Nationalversammlung überwacht und kontrolliert.¹

Als Vermittler von Regierungsbeschlüssen spielt die Vaterland Front eine wichtige Rolle in diesem System. Sie verbindet die zentrale Ebene mit anderen Ebenen und ist für die Umsetzung der Staatsinteressen zuständig. Zusammen mit der Vaterland Front sorgen auch noch andere Massenorganisationen wie der Bauernverband, die Frauenunion oder die Jugendbewegungen für das öffentliche Wohl und ihre Aktivitäten werden von sowohl der Kommunistischen Partei Vietnam als auch der Regierung unterstützt bzw. finanziert. Für die Verbindung zwischen den Dorf- oder Kommunenbewohner und den Vertretern von PC und PCOM höherer Ebene sorgt der Dorfvorsitzender oder der Kommunenleiter. Er wird alle fünf Jahre direkt und mit absoluter Mehrheit auf Dorf- oder

¹ Vgl. Background: STATE ADMINISTRATIVE SYSTEM IN VIET NAM. Aus: <http://www.caicachanhchinh.gov.vn/English/AdministrativeSystem/AminBackground/103200408311022000/> und "State administrative system in Vietnam » People's Committee at all levels". Aus: <http://www.caicachanhchinh.gov.vn/English/AdministrativeSystem/PeoplesCommittee/>

Kommunalversammlung gewählt oder abgewählt. Zu seiner Aufgabe gehört die Erfüllung der Forderungen von höheren Ebenen, die Weiterleitung der Information an die Bevölkerung, ein Bericht und eine Evaluation jede sechs Monaten über seine eigene Arbeit. Außerdem muss er einmal im Monat an der Versammlung von PCOM teilnehmen und Trainingskurse von der Regierung als politische Schulung für Neulinge besuchen.²

3. Das Dekret 79 und seine Implementierung

3.1. Das Dekret 79

Ende der 90er Jahren haben massive Volksaufstände und Demonstrationen in den ländlichen Gegenden wegen ungünstiger Landreformen, Korruption der lokalen Autorität und Veruntreuung kommunaler Finanzmittel durch die Behörden stattgefunden. Die Unruhen haben ihren Höhepunkt mit den Aufständen im Mai 1997 in der Provinz Thai Binh erreicht, als die Demonstration gewalttätig wurde und Tausende von Bauern Wohnhäuser von lokalen Politikern stürmten und zerstörten. Die Unruheherde wurden nicht ausgelöscht sondern noch monatenlang in drei weiteren Provinzen verbreitet. Der Druck auf Hanoi war groß und die Regierung wurde veranlasst, drauf zu reagieren. Im folgenden Jahr, 1998, wurde der erste Basisdemokratieerlass Dekret 29 verabschiedet.³ Seitdem im Mai 1998 das Dekret 29 von der vietnamesischen Regierung verabschiedet wurde, wurde die Demokratieentwicklung auf kommunaler Ebene in Vietnam befürwortet und die Selbstverwaltung in den Gemeinden erstmals offiziell legitimiert. Es ging im Dekret 29 hauptsächlich darum, "die Bürger über Regierungserlasse zu informieren, sie zu konsultieren, Partizipation zu ermöglichen und ihnen mehr Kontrollmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen".⁴ Im Jahr 2003 wurde das Dekret 29 durch das Dekret 79 ersetzt. Inhaltsgemäß gab es zwischen den beiden Dekreten keine erheblichen Unterschiede. Die Formulierung im neuen Dekret ist lediglich genauer geworden. Denn genau wie das Dekret 29 basiert das Dekret 79 ebenfalls auf den vier Kernpunkten Information, Konsultation, Partizipation und Kontrolle.

² Vgl. Merten, Judith: Basisdemokratieentwicklung in Vietnam. Eine Untersuchung der kommunalpolitischen Ebene. Hausarbeit im Rahmen der Magisterprüfung. 2006. Technische Universität Darmstadt. Institut für Politikwissenschaft. S.42, 43, 63

³ Vgl. Merten, FN2, S.37,38

⁴ Vgl. Merten, FN2, S.55

Der erste Punkt “Information” verpflichtet die lokalen Behörden, das Recht der Bürger auf Information zu sichern. Das bedeutet, dass sowohl kommunalpolitische Entscheidungen als auch Entscheidungen zentraler Ebene, auch wenn sie den Bürger möglicherweise nicht direkt betreffen, der Bevölkerung zugänglich sein müssen. Im “Informationskatalog” werden nun die Bereiche, über welche die lokale Autoritäten den Bürgern mitteilen müssen, geregelt. Darunter fallen zum Beispiel folgende Punkte: 1. die Erhebung neuer Gebühren in den Gemeinden, 2. der Haushaltplan, 3. die Armutsbekämpfungsstrategien und Verbesserungsvorschläge bezüglich der Infrastruktur in der Kommune.⁵ Auch werden die Möglichkeiten, mit denen die Behörde ihre Informationspflicht in der Kommune umsetzen können, beispielsweise offizielle Aushängen an öffentlichen Regierungsgebäude in den Gemeinden, Einberufen von Dorf- oder Gemeindeversammlungen und das öffentliche Lautsprechersystem, welches am meisten benutzt wird, genannt.⁶

Der zweite Bereich “Konsultation” umfaßt die Themen, die von dem Bürger unmittelbar diskutiert und entschieden werden müssen. In einem “Positivkatalog” werden Themen wie Infrastrukturentwicklung, öffentliche Wohlfahrtseinrichtungen wie Elektrizität, Straßenbau, Schulen, Krankenhäuser und Friedhöfe zusammengefaßt.⁷

Der vorletzte Punkt “Partizipation” behandelt die Bereiche, in denen die Bevölkerung über die Umsetzung von Plänen in der Kommune informiert wird und an der Entscheidungsfindung mitdiskutieren kann. Die lokale Behörde sollte sich an den Ideen und den Ansichten von der Mehrheit der Bevölkerung orientieren und dann die Entscheidungen treffen. Zusammengefasst stellt der Bereich der Partizipation die Sozialpläne einer Gemeinde, Landreformpläne und die Umsetzung nationaler Themen dar.⁸

Die Arbeit der kommunalen Autoritäten wird von den Bürgern kontrolliert und überwacht. Diese Tatsache wird im letzten Punkt der Kontrolle festgehalten.⁹

⁵ Vgl. Decree 79: 2003. Chapter II, Article 5

⁶ Jedes Dorf und jedes Viertel verfügt über einen Lautsprecher. Über diesen werden wichtige Informationen an die Bevölkerung weitergegeben. Vgl. Decree 79: 2003. Chapter II, Article 6

⁷ Vgl. Decree 79: 2003. Chapter III, Article 7

⁸ Vgl. Decree 79: 2003. Chapter IV, Article 11

⁹ Vgl. Decree 79: 2003. Chapter V, Article 12

Ein Fortschritt im Dekret 79 besteht im Vergleich zu dem Dekret 29 in den Regeln des Vertrauensvotums für wichtige Positionen der kommunalen Behörden. Das Verfahren des Vertrauensvotums wird jährlich von der Vaterland Front kommunaler Ebene für den Präsident von PC und von PCOM der gleichen Ebene durchgeführt. Vor der Durchführung des Verfahrens schreibt der Präsident von PC und von PCOM ein Selbstkritikberichtsbericht, der dann an die Bevölkerung der Kommune geschickt wird. Die Bewertungen und Kommentare der Bürger über den Bericht werden von Dorf- oder Kommuneleiter und Mitglieder der Vaterlands Front gesammelt und vor der Versammlung zum Verfahren des Vertrauensvotums vorgelesen.¹⁰ Die Präsidenten werden von PC auf Vorschlag von der Vaterland Front gekündigt, wenn sie weniger als 50% des Vertrauens erreichen.¹¹ Das Vertrauensvotum kann in der Praxis jedoch noch nicht überall im Land durchgeführt werden. Aber dort wo die Bevölkerung ihre Unzufriedenheit am meisten zeigt, wird das Verfahren und besonders für Beamte der Verwaltung durchgeführt.¹² Das Vertrauensvotum zielt auf die Kontrolle der lokalen Beamten und die Verbesserung der Verwaltung kommunaler Ebene. Es sollen neue Erfahrungen für die Beamte der Gemeinden bringen und dadurch soll die alte Arbeitsweise geändert werden. Außerdem erhofft man sich, die Beziehung zwischen der Kommunistischen Partei Vietnams, der Regierung und der Bevölkerung zu verbessern. Weitere Fortschritte wie die Direktwahl des Präsidenten von PCOM werden vorgesehen. Der Innenminister der vietnamesischen Regierung hat sich geäußert, dass die Direktwahl Schritt für Schritt eingeführt wird, um die Direktdemokratie auf kommunaler Ebene zu erweitern und die Arbeit von PCOM zu verbessern. Der Vorteil einer solchen Wahl besteht darin, dass den Bürger die Möglichkeit eingeräumt wird, dadurch jemanden, dem sie vertrauen und an dessen Kompetenz sie glauben, wählen zu können. Dadurch erhofft

¹⁰ Die Teilnehmer dieser Versammlung sind nach Prinzip der Präsident und die Mitglieder des Komitees von Vaterlands Front, Dorfleiter, Kommuneleiter und andere Leiter sozialer und politischer Organisationen

¹¹ Vgl. Tran, Ngoc Nhan: Mat tran To Quoc Viet Nam thuc hien lay phieu tin nhien doi voi cac chuc vu chu chot do hoi dong nhan dan xa bau la dung y dang long dan. Aus: <http://www.mattran.org.vn/TapChi/so%2038/kntt.htm>

¹² Vgl. Ha, Yen: Dan bat binh phan lon do can bo o do yeu. Aus: <http://vietnamnet.vn/chinhtri/2006/12/644522/>

man sich, dass die Verwaltung in der Kommune effizienter arbeitet und die Beziehung zwischen dem Staat und dem Volk verbessert wird.¹³

3.2. Aktueller Stand des Implementierungsprozesses vom Dekret 79

Über den Implementierungsprozess und dessen Ergebnis gibt es unterschiedlichen Zahlen aus verschiedenen Berichten. In einer Regierungskonferenz, die im September 2004 in Hanoi stattfand, wurde berichtet, dass “18 bis 20 Prozent der Kommunen hätten den Erlass in vollen Umfang erfolgreich umgesetzt. 60 bis 70 Prozent berichteten eine durchschnittliche Implementierung und bei 10 bis 15 Prozent wurde der Erlass mangelhaft verwirklicht. 17 Prozent aller Kommune in Vietnam hätten überhaupt nicht über Fortschritte bei der Implementierung berichtet”.¹⁴ Zugleich kündigte die Kommunistische Partei Vietnams im gleichen Jahr an, dass nur ein Drittel der gesamten Kommune das Dekret durchgeführt haben.¹⁵

Dieses Ergebnis ist zurück zu führen auf die mangelnde Kompetenz der lokalen Regierung. Die Bürger unterstützen zwar den Erlass der Regierung aber sie sind unzufrieden mit der Arbeitsweise der lokalen Behörde und beschwerten sich darüber, dass sie schlecht informiert und aufgeklärt werden.¹⁶ Der Grund dafür liegt darin, dass die meisten Beamten dieser Ebene aktiv in der Jugendorganisation waren und deshalb in der Verwaltung aufgenommen wurden, obwohl sie die Aufnahmeprüfung zur Uni nicht bestanden haben.¹⁷ Außerdem kommt hin zu, dass die Bildung oder Weiterbildung für diese Beamte nur zu einem geringen Teil vom Staat angeboten bzw. Unterstützt wird. In den letzten drei Jahre haben 68% der kommunalen Beamten im ganzen Land das Bedürfnis nach Weiterbildung. Doch jedes Jahr kann das Innenministerium lediglich die

¹³ Im August 2006 wurde eine Umfrage in Ho Chi Minh City über das Thema der Direktwahl durchgeführt und 71,1% der Befragten waren dafür. (Die Größe der Umfrage lag bei 1108 Befragten). Vgl. Le, Man: Dan bau Chu tich UBND xa, phuong- Tai sao khong? Aus: <http://vietnamnet.vn/bandocviet/2007/01/655090/>

¹⁴ Vgl. Merten, FN2, S.76

¹⁵ Vgl. Thong bao cua Ban Bi thu ve ket qua thuc hien Quy che dan chu o co so. Aus: <http://www.vov.org.vn/?page=109&nid=5065>

¹⁶ Vgl. Ha, FN13

¹⁷ Nach den Zahlen des Justizministeriums sind 80% der Beamten des juristischen Bereichs in den Kommune nicht ausgebildet.

Weiterbildung für 20% dieser Beamte anbieten bzw. sicherstellen.¹⁸ Als Folge dessen ist man sich von Seiten lokaler Führer im Unklaren, wie man den Erlass umsetzen und seine Tragweite erfassen kann.¹⁹

Es gibt aber auch Fälle, wo das Dekret nicht richtig durchgeführt wurde, wobei dies nicht auf der fehlenden Kompetenz basiert, sondern an dem fehlenden Willen der Behörde. Bei der Überwachung der Umsetzung des Dekrets wurde festgestellt, dass die Bürger über den Erlass des Staates nicht immer vollständig informiert wurden. In manchen Gemeinden wurden den Bürgern zwar ihr Recht auf Information, Konsultation und Partizipation mitgeteilt, jedoch wurde ihnen das Recht auf Kontrolle unterschlagen.²⁰ Außerdem wurde das Vertrauensvotum nicht eingeführt, weil der Leiter der Gemeinde aufgrund früherer Fehler kein Misstrauen in der Kommune aufbauen und nicht dadurch gekündigt werden wollte.²¹ Daher vermutet man, dass die Korruption auf kommunaler Ebene relativ stark war und manche lokalen Führer machten sich Sorgen darüber, dass ihre bisherigen Machtmissbräuche durch das Dekret 79 entdeckt werden und sie dadurch ihre amtlichen Positionen verlieren könnten.

Es ist sowohl ein qualitatives als auch quantitatives Problem. Der Apparat der Verwaltung in der Kommune ist manchmal zu klein. In der Gemeinde darf es maximal 25 staatliche Beamten geben, während manche Kommunen 90.000 Einwohner haben.²² Auf dieser Ebene muss ein Beamter die Arbeit von mehreren Beamten übernehmen. Mitarbeiter werden gestellt, wobei Straf- und Bußgebühren in der Gemeinde als Entgelt für sie genutzt wird. Jedoch ist der Lohn sehr niedrig und kann deshalb keine kompetenten Leute anlocken. Da das Gehalt aus den Strafgebühren besteht, entstehen weitere andere negative Wirkungen. Zusammengefasst werden die Beamte und Mitarbeiter kommunaler Ebene schlecht bezahlt und sind hohen Anforderungen ausgesetzt. Als Folge können sie die Arbeit nicht gut leisten und daher die Wünsche der Bürger nicht vollständig erfüllen.

¹⁸ Vgl. Han, Ni: Chinh quyen cap phuong-xa: Nghich ly “phan cap hinh non va bo may hinh pheu”. Aus: <http://www.cchctp.hochiminhcity.gov.vn/DetailNews.asp?ID=173>

¹⁹ Vgl. Merten, FN2, S.76

²⁰ Vgl. Ha, FN13

²¹ Vgl. FN15

²² Vgl. Han, FN19

Die Umsetzung des Dekrets 79 läuft langsam voran da es am Druck von Seiten der Bevölkerung fehlt. Die Schulung und die Aufklärung über den Erlass für die Bürger werden nicht geachtet. Da ihnen ihre Rechte und Pflichten im neuen Dekret nicht sehr bewusst sind, verhalten sie sich im Umsetzungsprozess noch sehr passiv. Außerdem hemmt die Armut die Demokratieentwicklung, denn "in den armen ländlichen Gegenden fehlt den Bürgern oft die Zeit, Bürgerversammlungen zu besuchen, da sie für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen und deshalb keine Möglichkeit haben, an Dorfversammlungen teilzunehmen"²³

Das Vertrauensvotum, das als bedeutendster Fortschritt im Dekret 79 gilt, bekommt die meiste Aufmerksamkeit und wird intensiv in den Medien diskutiert. Im Jahr 2005 wurde das Vertrauensvotum in 59 Provinzen im ganzen Land durchgeführt. Hier erhielten nur 0,7% aller Präsidenten von PC und PCOM weniger als 50% der Stimmen (wobei es vermutet wird, dass diese Zahl eigentlich bei 10% liegt) und bei den Dorfleitern waren es 2%.²⁴ Aber wo der soziale Zustand in der Kommune instabil ist, wird das Verfahren nicht durchgeführt. In manchen Gemeinden kann Beamten sogar ohne das Vertrauensvotum gekündigt werden, falls mangelnde Kompetenz bezüglich der Arbeit vorliegt (Z.B. Le Dai Hanh Gemeinde, Trung Tu, Ha Noi). Doch tendenziell wird das Verfahren positiv angesehen und für mehrere Positionen in den Behörden erweitert. In Dien Chau Gemeinde, Nghe An Provinz wird das Vertrauensvotum sogar für den Vizepräsidenten von PC und PCOM vorgeschlagen und auch in Ha Tinh Provinz wird dieses Verfahren auf mehrere Positionen in der Verwaltung wie etwa Buchhalter und Beamte des Katasteramtes verbreitet. Theoretisch wird gefordert, dass einerseits das Vertrauensvotum für viele amtliche Positionen der Kommune durchgeführt werden soll und andererseits müssen die Beamten unbedingt ihren Rücktritt einleiten, wenn sie weniger als 50% der Stimmen erhalten. Doch in der Praxis ist es schwer, diese Forderung nachzukommen, da vielen Beamten die nötige Qualifikation fehlt, um diese Position einzunehmen. Das Vertrauensvotum zeigt eigene Schwächen durch die Organisation und Funktion des Verfahrens. Die Teilnehmer sind im Prinzip der Präsident und die Mitglieder des

²³ Vgl. Merten, FN2, S.74-76

²⁴ Vgl. Ha, FN13

Komitees von der Vaterland Front, Dorfleiter oder Kommuneleiter und andere Leiter sozialer und politischer Organisationen. Sie sind alle staatliche Beamte. Dadurch wählen und kontrollieren sie die Beamten und nicht die Bevölkerung. Das widerspricht jedoch dem Ziel des Dekrets, dass eben die Bevölkerung die Beamte kontrollieren und die Direktdemokratie auf kommunaler Ebene verstärkt werden sollte. Daher schlägt der juristische Ausschuss des vietnamesischen Parlaments die Änderung dieser Regel vor.²⁵

4. Die Rolle von ausländischen Stiftungen beim Demokratisierungsprozess

Im Jahr 1986 wurde Vietnam mit der "Doi Moi" Politik international geöffnet. Seitdem kommen viele ausländische Stiftungen und Organisationen, deren Arbeitsschwerpunkt eher in Wirtschaftsbereich, der Bildung, dem Gesundheitswesen sowie dem Umweltschutz und weniger in der Förderung der Demokratieentwicklung liegt, in dieses Land. In diesem Teil wird die Arbeit in diesem Bereich von drei Stiftungen: die Konrad Adenauer Stiftung (KAS), dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und die Swiss Agency for Development Corporation's (SDC) erörtert.

Seitdem der Basisdemokratieerlass im Jahr 1998 in Kraft getreten ist, versuchte KAS im Umsetzungsprozess des Erlasses aktiv mitzuwirken. Die Stiftung arbeitet eng zusammen mit Behörde zentraler Ebene wie der Regierung, dem Parlament und der Führung der Kommunistische Partei Vietnams, organisiert oder unterstützt Seminare bzw. Workshops. In diesen Seminaren treffen sich hohe Beamte von der zentralen Regierung als auch von lokalen Behörden, diskutieren mit einander über aktuelle Probleme ihrer Regionen und tauschen Erfahrungen von ihren Provinzen oder Gemeinden aus. Oft lädt KAS Experten aus Deutschland ein, an diesen Seminaren teilzunehmen und ihre Kenntnisse und Erfahrungen hier mitzuteilen. Solche Workshops sind eine Art von Schulung für den Beamten, denn hier bekommen sie die Chance, Information und Erfahrungen von anderen Ebenen oder Regionen im Inland oder Ausland zu sammeln. Außerdem unterstützt KAS die Ausbildung und die Weiterbildung für die vietnamesische Jugend durch Stipendiatenprogramme, da die Stiftung einsieht, dass qualifizierte Arbeitskräfte

²⁵ Vgl. Do, Minh: Lay phieu tin nhiem: Can bo bo phieu cho can bo? Aus: <http://vietnamnet.vn/chinhtri/2007/01/659109/>

sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Entwicklung in Vietnam entscheiden werden.²⁶

Im Unterschied zur KAS versucht der DED direkt in der Durchsetzung des Dekrets 79 mitzuwirken. Die Arbeit dieser Organisation zielt drauf, die Partizipation der Bevölkerung am Entscheidungsprozess ihrer Gemeinden zu stärken und die Arbeit von anderen NRO, die die Demokratisierung dienen, zu fördern. Die Schulung der Bevölkerung über den Basisdemokratieerlass wird geachtet und unterstützt. Durch reich bebilderte und in leicht leserlicher form verfasste Broschüre werden die Bürger über ihre Rechte und Pflichten im Dekret 79 aufgeklärt. Nicht nur ihr Handlungsspielraum wird gezeigt sondern die Bürger werden ermutigt, ihn zu nutzen. Nebenbei arbeitet die Stiftung zusammen mit der Organisation "Development for Women and Children"(DWC), unterstützt finanziell die Trainingsprogramme von ihr in den Dörfern. Diese Programme haben das Ziel, dass die Einwohner einer Kommune oder eines Dorfs an einem Workshop teilnehmen und durch eigene Aktionen mit der Hilfe von Trainern die Inhalte vom Dekret 79 eigenständig erarbeiten und verstehen lernen. Schließlich wird eine stärkere politische Beteiligung in ihren Gemeinden erwünscht. Es wird gezeigt, dass die Nachfrage nach solchen Trainingsprogrammen groß ist und die qualifizierten Trainer für diese Programme gefordert werden. Dadurch zeigen die Ausbildungsprogramme von KAS ihre Wichtigkeit, dass sie dann Trainer für solche Projekte liefern kann.²⁷

Ähnlich wie der DED nimmt die Organisation "Swiss Agency for Development Corporation's"(SDC) direkt im Demokratisierungsprozess teil. Seit 1998 führte sie "Urban Development Projects" in den Provinzen Nam Dinh und Dong Hoi ein. Mit diesem Projekt gibt sich die SDC Mühe, die Bürger im Bereich Demokratie zu schulen und den Basisdemokratieerlass umzusetzen. Die Methode der Schulung war die Unterstützung der Entstehung von Initiativgruppen innerhalb der Gemeinden und die Bildung von Interessengruppen für verschiedene Bereiche. Dabei soll die Bevölkerung lernen, nach demokratischer Struktur zu arbeiten und zu leben. Im Jahr 2006 wurde eine Bürgerbefragung in diesen zwei Provinzen durchgeführt, um das Projekt auszuwerten.

²⁶ Vgl. Merten, FN2, S. 79-81

²⁷ Vgl. DED: Projektbeispiel: Demokratieförderung und Basisdemokratieerlass. Aus: http://vietnam.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,1892/ticket,g_u_e_s_t/~3._Projektbeispiel_Demokratieforderung_und_Basisdemokratieerlass.html

Das Ergebnis hat gezeigt, dass die Bevölkerung die Bemühungen von der Stiftung für die Demokratieentwicklung und mehrere Partizipation der Bürger auf kommunaler Ebene verstanden und aufgenommen haben. Über die Hälfte der Bewohner hat ihre Bereitschaft gezeigt, sich an der Umsetzung des Dekrets 79 aktiv zu beteiligen.²⁸

Obwohl die Arbeit der ausländischen Stiftungen in Vietnam begrenzt wird, haben ihre Bemühungen den ersten Schritt zur Basisdemokratieentwicklung in diesem Land erreicht. Besonders zeigen sie ihre Wichtigkeit, da den lokalen Behörden die Kompetenz und Erfahrung noch fehlt.

5. Schluss

In den letzten 20 Jahren wurden viele wirtschaftlichen Entwicklungen in Vietnam anerkannt. Aber gleichzeitig wird es kritisiert, dass es nur geringe Änderungen im innenpolitischen System des Landes gibt. Nach zahlreichen Volksaufstände und Demonstrationen in einigen Provinzen im Norden des Landes im Jahr 1997 wegen der Korruption der lokalen Behörden wurde die Kommunistische Partei Vietnams unter Druck gesetzt, den neuen Lager des Landes zu betrachten und behandeln. Die Unterzeichnung des Dekrets 29 in 1998 und des Dekrets 79 in 2003 von der Regierung hat die Selbstverwaltung in den Kommunen und die Demokratieentwicklung auf dieser Ebene zugesprochen. Durch diesen Erlasse wurden solche Rechte wie das Recht auf Information, Konsultation, Partizipation und Kontrolle dem Bürger gesichert. Auch erhoffte man sich, dass dadurch die Arbeit der Verwaltung in den Gemeinde effizienter und die Beziehung zwischen dem Staat und der Bevölkerung verbessert wird. Doch wegen mangelnden Kompetenzen, Erfahrungen oder Willen der lokalen Behörden ist die Umsetzung des Erlasses noch langsam im Prozess. Die ausländischen Stiftungen in Vietnam haben mit ihrer Arbeit beigetragen, diese Probleme teilweise zu lösen.

²⁸ Vgl. Merten, FN2, S. 83-87

6. Literatur

Background: STATE ADMINISTRATIVE SYSTEM IN VIET NAM. Aus: <http://www.caicachhanhchinh.gov.vn/English/AdministrativeSystem/AminBackground/103200408311022000/>

DED: Projektbeispiel: Demokratieförderung und Basisdemokratieerlass. Aus: http://vietnam.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,1892/ticket,g_u_e_s_t/~3. Projektbeispiel Demokratieförderung und Basisdemokratieerlass.html

Do, Minh: Lay phieu tin nhien: Can bo bo phieu cho can bo? (Das Vertrauensvotum: Beamte wählen Beamte?) Aus: <http://vietnamnet.vn/chinhtri/2007/01/659109/>

Ha, Yen: Dan bat binh phan lon do can bo o do yeu.(Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wegen mangelnder Kompetenz der lokalen Beamte) Aus: <http://vietnamnet.vn/chinhtri/2006/12/644522/>

Han, Ni: Chinh quyen cap phuong-xa: Nghich ly “phan cap hinh non va bo may hinh pheu”. Aus: <http://www.cchctp.hochiminhcity.gov.vn/DetailNews.asp?ID=173>

Le, Man: Dan bau Chu tich UBND xa, phuong- Tai sao khong? (Direktwahl des Präsident der PCOM auf kommunaler Ebene- Warum nicht ?) Aus: <http://vietnamnet.vn/bandocviet/2007/01/655090/>

Merten, Judith: Basisdemokratieentwicklung in Vietnam. Eine Untersuchung der kommunalpolitischen Ebene. Hausarbeit im Rahmen der Magisterprüfung. 2006. Technische Universität Darmsatdt. Institut für Politikwissenschaft.

“State administrative system in Vietnam » People’s Committee at all levels”. Aus: <http://www.caicachhanhchinh.gov.vn/English/AdministrativeSystem/PeoplesCommittee/>

Thong bao cua Ban Bi thu ve ket qua thuc hien Quy che dan chu o co so. (Die Mitteilung der Kommunistischen Partei Vietnams über das Ergebnis der Umsetzung des Demokratieerlasses in den Kommune)Aus: <http://www.vov.org.vn/?page=109&nid=5065>

Tran, Ngoc Nhan: Mat tran To Quoc Viet Nam thuc hien lay phieu tin nhiem doi voi cac chuc vu chu chot do hoi dong nhan dan xa bau la dung y dang long dan. (Die Einführung des Vertrauensvotums von der Vaterland Front für wichtige Positionen der PCOM auf kommunaler Ebene erfüllt den Wunsch der Bürger). Aus: <http://www.mattran.org.vn/TapChi/so%2038/kntt.htm>